

Idsteiner Zeitung



und Anzeigebblatt.

Verkündigungsorgan des königlichen Amtsgerichts und der Stadt Idstein.

Erscheint wöchentlich dreimal.
Dienstag, Donnerstag u. Samstag.

Inserate:

Die kleine Zeile 20 Pfg.
Reklamezeile 35 Pfg.

Mit der wöchentlich erscheinenden Beilage:

Des „Landmanns Sonntagsblatt“.

Redaktion, Druck und Verlag von Georg Grandpierre, Idstein.

Bezugsspreis
monatlich 50 Pfg. mit Bringerlohn.
Durch die Post bezogen:
— vierteljährlich 1 Mark 50 Pfg. —
— Siehe Postzeitungsliste. —

N^o 120.

Donnerstag, den 11. Oktober

1917.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 8. Okt. 1917.

Am Bundesratssitz: Dr. Helfferich, Graf Rüdern, Wallraf.

Präsident Dr. Rämpf eröffnet die Sitzung um 12 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Lesung eines Gesetzentwurfs zur Ergänzung des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen (Förderung des Grundkredits durch Uebernahme des Hypothekenschutzes).

Abg. Meyer-Kaufbeuren (Zentr.): Ich habe im Auftrage sämtlicher Fraktionen des Hauses zu erklären, daß sie der Vorlage zustimmen und bereit sind, den Gesetzentwurf ohne Ausschußberatung unverändert in 2. und 3. Lesung anzunehmen. Es besteht eine erfreuliche Einmütigkeit des Hauses in dieser Frage, daß der Grundbesitz, namentlich der städtische, einer unbedingten Stütze bedarf, weil sonst die Gefahr besteht, daß durch die Erschütterung des Immobilienkredits die Wohnungsnot nach dem Kriege wieder ausleben und die Bautätigkeit erschwert wird. Es ist deshalb zu begrüßen, daß die führenden Verbände des Hausbesitzes und des Baugewerbes die Initiative zur Lösung dieser Frage ergriffen haben und daß sie dieses Ziel im Wege der Selbsthilfe ohne Reichsmittel erreichen wollen. Dieses geschieht durch das System der Bürgschaft und einen besseren Schutz der Hypothekenschulden. Der Grundkredit soll erweitert, erleichtert und verbilligt werden. Das bedeutet zugleich eine Erleichterung der Herstellung neuer Wohnungen und die Möglichkeit der Erhaltung der Mietsätze in angemessenen Grenzen. Die Vorlage ist ein wertvolles Stück praktischer Wohnungsfürsorge. Die Voraussetzung dieser Aktion ist, daß diese Unternehmungen von den Gesseln des Aufsichtsgesetzes befreit werden. Ein Verdienst an dem Zustandekommen dieses Gesetzes hat unser Kollege Dr. Rändt. Es wird notwendig sein, daß Reich, Staat und Kommunen dem Immobilienkredit in weitestem Umfange ihre Unterstützung gewähren. Der Gesetzentwurf wird sofort in allen 3. Lesungen angenommen. Ebenso wird die Aenderung des Reichsstempelgesetzes debattelos und endgültig angenommen.

Lehrer Biebrichers Kriegschronik 1870/71.

(Fortsetzung)

Um den Gefahren, die das Gelingen dieses Planes unzweifelhaft für die deutschen Armeen heraufbeschworen hätte, gegenüberzutreten, wurde General Manteuffel mit einem Teile seiner Truppen herbeigezogen. Ehe aber Verstärkungen eintrafen, machte Bourbaki mit aller Anstrengung den Versuch, die deutschen Reichen zu durchbrechen, das Elß zu überschweben und von hier aus sogar das badische Gebiet zu bedrohen. Doch leisteten die meist aus Landwehr bestehenden Truppen unter General von Werder den heldenmütigsten Widerstand. Der Durchbruch der Franzosen mißlang. Bourbaki mußte zurückweichen, Manteuffels Truppen nahen, und am 22. Januar war Bourbaki umzingelt, so daß ihm nur noch übrig blieb, entweder zu kapitulieren, oder die Grenze der Schweiz zu überschreiten. Er wählte das letztere, nachdem er sich in mehreren kleineren Gefechten überzeugt hatte, daß jeder Versuch, sich durchzuschlagen, scheitern mußte. Am 1. Februar ging Bourbaki bei Pontalier und Verdier über die Grenze und hier streckte er mit seiner ganzen noch 80 000 Mann starken Armee die Waffen. Der Zustand dieser Armee soll ein unbeschreiblich schauerhafter gewesen sein, wie Augenzeugen erzählten. Als dies geschah, war Paris bereits in den Händen der Deutschen.

Hierauf beantragt Abg. Payer (fortsch.) die Punkte 9 und 10 des Nachtragsetats und das Besoldungsgesetz vorzunehmen und an den Hauptausschuß zurückzuverweisen.

In dem vorausgegangenen Aelterstenrat war die überwiegende Mehrheit der Parteien der Ansicht, daß, wie die Dinge heute liegen, angezeigt sei, die beiden Nachtragsetats einer nochmaligen Vorbereitung im Hauptausschuß zu unterziehen, und ferner, daß es zweckmäßig sei, bis dahin auch die Weiterberatung der Interpellationen aufzuschieben.

Abg. Graf Westarp (kons.). Der Plan wurde in interfraktionellen Besprechungen gefaßt. Wir nahmen daran nicht teil und übernehmen also auch nicht die Verantwortung für diese

Appell.

Unser Hindenburg braucht Geld!
Deutscher! Zauderst du,
Wenn der größte deutsche Held
Auch dich ruft? — Greif zu!
Zeichne! Zeig' der ganzen Welt,
Daß, wer kann, auch stets aufs neue
Zeichnet deutsche Kriegaanleihe!

Franz Grosholz.

Politik, die zu den jetzigen Verhandlungen geführt hat. Wir glauben, daß das Bild der Samstags-Beratungen und die bevorstehenden Beschlüsse nach außen den Eindruck von Konflikten und Spannungen machen werden. Und das während draußen die Schlachten toben. Wir bedauern dies lebhaft im Interesse des Landes. Zu einer Rückverweisung des Nachtragsetats liegt kein Grund vor. Zwischen ihr und der sozialdemokratischen Interpellation ist ein Zusammenhang nicht anzuerkennen.

Abg. Haase (unabh. Soz.) Das Plenum kann sich sofort über die Interpellationen schlüssig machen. Auch die Rückverweisung des Nachtrages ist unnötig. Die Verhältnisse sind völlig klar. Wer nach der Samstagsberatung noch nicht weiß, woran wir mit dem Kriegsminister und dem Vizekanzler sind, dem ist nicht zu helfen.

Abg. Ebert (Soz.) Nicht das Verhalten der Mehrheit, sondern das der Rechten und der

ihr nächstehenden Vaterlandspartei haben diese Konfliktstimmung geschaffen. (Zustimmung bei der Mehrheit.) Die Vaterlandspartei hat unser Ansehen im Auslande geschädigt und deshalb fällt auf sie und die Rechte die Verantwortung für die Samstagsitzung. Die Rückverweisung des Nachtrags ist schon deshalb nötig, weil er die Ermächtigung zur Ausgabe von 4 Milliarden Mark weiterer Schatzanweisungen enthält und wir nach der Samstagsverhandlung das größte Interesse haben, festzustellen, inwieweit Reichsmittel zur Agitation im Heere zu Gunsten der Vaterlandspartei verwandt wurden. Möglich ist es, daß dann bez. des Nachtragsetats bestimmte Folgerungen gezogen werden. Vielleicht kommen wir zu der Ueberzeugung, daß die Neueinrichtung der Regierungsämter zweckmäßig in einer ganz anderen Weise vorgenommen wird.

Abg. Mertin (deutsche Fraktion) widerspricht der Rückverweisung des Nachtrags, weil ein sachlicher Zusammenhang mit der Interpellation fehle. Der Vizekanzler soll für die Uebergangswirtschaft und die Friedensfrage geschaffen werden. Was hat damit die Samstagsberatung zu tun? Ich weise des Abg. Eberts Behauptung zurück, die Vaterlandspartei habe die Konfliktstimmung geschaffen. Ihr ist es ernst mit den Bestrebungen, die Einigkeit des Volkes aufrecht zu erhalten.

Abg. Graf Westarp (kons.) Die Behauptung des Abg. Ebert ist unhaltbar angesichts der Tatsache, daß die Interpellation von der Linken eingebracht ist. Das Auftreten des Dr. Helfferich am Samstag war durchaus gerechtfertigt nach dem Verhalten der Mehrheit und der gegebenen Lage. (Lärm links.) Schatzanweisungen sind Mittel zur Kriegsführung.

Gegen die Rechte wird die Umstellung der Tagesordnung beschlossen.

Hierauf beantragt Abg. Payer die Nachtragsbesoldungsordnung an den Hauptausschuß zu verweisen. Dies geschieht gegen die Rechte und die unabhängigen Sozialdemokraten. Mit der gleichen Mehrheit wird auf Antrag Payer die Vertagung beschlossen.

Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr vormittags. Anträgen, Fortsetzung der Interpellation, Nachtrag, auswärtige Politik, Zensurfragen, Interpellation betr. Vereinsrecht und Schubhaft und

Lothringens mit Metz und Thionville kommen wieder an Deutschland.

In dem Schlosse Ludwigs XIV. zu Versailles, in dem alten Sitze einer feindlichen Macht, die Jahrhunderte hindurch Erniedrigung und Zersplitterung Deutschlands auf ihre Fahnen geschrieben hatte, steht Hauptquartier des Königs Wilhelm von Preußen, land am 18. Januar 1871, dem 170jährigen Gedenktage des preussischen Königstums, die feierliche Proklamation des deutschen Kaiserreiches statt. Nachdem die deutsche Kaiserwürde seit mehr denn 60 Jahren geruht hatte, nahm hier König Wilhelm auf den einmütigen Wunsch der deutschen Fürsten und freien Städte die deutsche Kaiserwürde an. Ueber Erwarten und Hoffen hinaus ist alles zu glücklichem Ende gediehen; zurückgewonnen sind die alten deutschen Grenzlande, die Westmark Deutschlands, bereinst durch französische Hinterlist und Raubsucht dem ohnmächtigen, durch ewigen Streit und Hader des Kaisers und der Fürsten zerrütteten Reich geraubt und Jahrhunderte lang entfremdet, dem geeinigten, durch Eintracht seiner Fürsten und Völker starken und mächtigen deutschen Reiche zurückgegeben! Das deutsche Kaiserthum, welches am Anfang dieses Jahrhunderts unter den Schlägen des ersten Napoleons zu Grunde gegangen war, es ist herrlicher und glanzvoller, ein verjüngter Phönix wieder erstanden und Wilhelm des Siegreichen ehrwürdigem Scheitel schmückt die allzulange in den Staub getretene Krone der Hohenstaufen.

(Schluß folgt.)

Interpellation betr. des gewerblichen Mittelstandes und des Besoldungsgesetzes.

Im Berlin, 9. Okt. Im Reichstag kam es heute zu stürmischen Szenen. Nach Erledigung einiger kurzer Anfragen wurde die Debatte über die Interpellation wegen der alldeutschen Agitation fortgesetzt. Zunächst sprach der unabh. Soz. **Dittmann**, der erklärte, daß durch die ausweichende Haltung der Regierung über die strittigen Fragen nichts geändert werde. Dem antwortete sofort der Reichskanzler, daß der Vorredner am allerwenigsten berechtigt sei, sich über die Propaganda-Mittel bei Heer und Marine zu beschweren. Seine (des Kanzlers) kürzliche Erklärung, allen Parteien mit gleicher Objektivität gegenüber zu stehen, könne sich nicht auf die Unabhängigen beziehen, die nicht zu den Parteien gehören, deren Taktik nicht nur auf Schädigung des Bestandes des deutschen Reiches hinausliefe. Der Kanzler ging dann im einzelnen auf die Beschwerden der Interpellation ein, und wiederholte im wesentlichen seine gestrige Anschuldigung. Er erklärte dabei unter anderem: Wir brauchen Sicherungen für unsere Existenz in Europa und Uebersee; in dem Rahmen der Resolution vom 19. Juli, ist ein solcher Frieden abzusehen, ein Frieden gewaltiger Kulturentwicklung, ein Frieden der Kraft. So lange aber der Feind seine Forderungen nicht zurücksteden will, so lange der Feind versucht, zwischen Kaiser und Volk ein Spiel zu treiben, so lange müssen die Kanonen ihr Werk tun. Aber die Erkenntnis wird bei ihnen durchdringen und unser Friede wird noch kommen.

Nach dem Reichskanzler nahm Staatssekretär von Capelle das Wort, der unter anderem ausführte: Die russische Revolution hat bedauerlicher Weise auch in den Köpfen einiger Mitglieder unserer Flotte Verwirrung angerichtet, so daß sie den wahnwitzigen Plan versuchten, auf allen Schiffen die Mannschaften zu Gehorsamsverweigerungen anzuweisen, die Flotte lahm zu legen und auf diesem Wege den Frieden zu erzwingen. Es steht allenmäßig fest, daß der Rädelshörer dieses Planes, im Reichstag mit Mitgliedern der unabhängigen Sozialisten angezettelt und deren Billigung gefunden hat, die jedoch mit Hinsicht auf die Gefährlichkeit dieses Unternehmens zu größter Vorsicht mahnten. Die Abgeordneten haben ihm auch Agitationsmittel zur Verfügung gestellt. Es erhebt sich im Hause ein unbeschreiblicher Lärm.

Staatssekretär von Capelle erklärt dann weiter, daß der Plan der Verschwörung nicht zur Ausführung gekommen ist und daß verschiedene Leute, die sich schwer vergangen haben, der verdienten Strafe zugeführt worden sind.

Auf die Ausführungen des Staatssekretärs von Capelle erwiderten die Abg. Haase und Vogtherr (unabh. Sozialisten) folgendes:

Abg. **Haase** (unabh. Soz.) Ich habe mit dem Matrosen, von dem Staatssekretär von Capelle vorhin sprach, im Fraktionszimmer gesprochen. Das ist nichts Besonderes. Der Staatssekretär soll uns erst das Material vorlegen. Er hat aber keins. Wiederholt haben mich Soldaten und Matrosen aufgesucht und über Mißstände geklagt. Der Matrose klagte über Mangel an geistiger Anregung. Viele haben deswegen auch die Presse der unabhängigen Sozialdemokratie abonniert. Sie fordern Zusammenkünfte an Land, um politische Unterhaltung zu pflegen. Deshalb war ihnen Literatur erwünscht. Jetzt werden diese Unterhaltungen sogar amtlich mit Hochdruck betrieben. Ich habe den Matrosen darauf hingewiesen, daß dies durchaus erlaubt sei. Dieser Matrose hat den besten Eindruck auf mich gemacht. Auf das Tiefste war ich erschüttert, als ich hörte, daß er wegen Verfolgung seiner politischen Ideale den Tod hat erleiden müssen. (Hört, hört und Bewegung.) Hier und anderwärts hat man vielfach Sympathie und Begeisterung für die russische Revolution gezeigt, diesem größten Ereignis des jetzigen Jahrhunderts. Der Zweck der Auskunft des Staatssekretärs liegt klar zutage. Es kommt ihm darauf an, das rote Tuch zu schwenken gegen andere Parteien, um diese zu einem festen Bloß zusammenzubringen.

Abg. **Vogtherr** (unabh. Soz.) Auch ich habe mit dem betreffenden Matrosen wiederholt verhandelt. Die Leute wenden sich eben an die Stellen, zu denen sie Vertrauen haben. Hätten sie Vertrauen zu Ihnen, dann würden sie nicht zu uns kommen. Er hat von mir Material bekommen. Aus der Schilderung des Staatssekretärs ging hervor, als ob der Plan zur Agitation von uns ausgegangen wäre. Die Politik des Reichskanzlers ist bedenklich. Er hat die Unfähigkeit alles dessen bewiesen, was er verteidigen wollte!

Abg. **Dittmann** (unabh. Soz.) Weshalb ist dann nicht längst Anklage gegen uns erhoben worden? Man will nur Stimmung gegen uns machen.

Staatssekretär v. Capelle: Auf die Ausführungen des Abg. Dittmann bleibe mir nichts anderes übrig, als die Sache so darzustellen, wie

sie sich bei den Gerichtsverhandlungen herausgestellt hat. Der Abg. Vogtherr hat aber eine Reihe von Behauptungen aufgestellt, die sich mit meiner Rede nicht decken. Er sagte, ich hätte es so dargestellt, als ob die Herren von der unabhängigen Sozialdemokratie gewissermaßen die Pläne ausgeheckt und sie den Matrosen imputiert hätten. Davon habe ich nichts gesagt. (Der Staatssekretär verliest nach dem amtlichen Stenogramm die bezüglichen Sätze seiner ersten Rede.) Ich habe hier einen Auszug aus den Akten, die den vollen Beweis erbringen für das, was ich vorgetragen habe. (Der Abg. Haase verlangt stürmisch Beweise. Vizepräsident Dr. Paasche wehrt die Unterbrechung.) Einer der Hauptangeklagten sagte aus . . . (Auf bei den unabhängigen Sozialdemokraten: Wie heißt er? Vizepräsident Dr. Paasche bittet nicht zu unterbrechen.) „Ich habe den Abg. Dittmann auf-

Deutschland muß leben!

Unser Feinde wollen den Frieden nicht. Darum bleibt uns keine Wahl. Wir müssen weiter aushalten, weiter durchhalten. Keiner darf jetzt müde, keiner mürrisch werden, keiner auf halbem Wege stehenbleiben. Jetzt heißt es:

„D u r c h !“

Draußen mit den Waffen, drinnen mit dem Gelde, die Jungen mit ihren Leibern, die Alten, die Frauen, die Kinder mit Hab und Gut. Alles für alle! So bereiten, so erwarten, so verdienen wir den Sieg.

Darum zeichne!

gesucht und mit ihm über die Sache gesprochen. Dittmann zeigte sich unterrichtet, war erfreut und sagte, wir sollten nur so weiter machen, aber große Vorsicht üben.“ (Hört, hört, Lachen links, großer Lärm.) „Ich habe auch mit anderen Mitgliedern der Partei gesprochen. Ich bin nicht allein bei Dittmann gewesen, sondern es hat eine Art Parteikonferenz stattgefunden, an der Vogtherr, Dittmann und Haase teilgenommen haben, in der ein Plan besprochen wurde. (Hört, hört rechts. Abg. Haase: Hört, hört, andauernder Lärm.) In der Besprechung der Angelegenheit haben sich die Abgeordneten dahin ausgesprochen, daß ich dabei eine verbotene und strafbare Handlung beging und geraten, sich sehr vorzusehen. Sie würden ihn ferner in jeder Weise durch Broschüren und sonstige Lektüren unterstützen. (Alta, rechts. Erneuter großer Lärm.) Ein anderer Angeklagter erklärte: „Ich habe auch, und nicht nur mit dem Abg. Dittmann in dessen Bureau, sondern auch mit anderen von der sozialdemokratischen unabhängigen Partei im Reichstag mit Haase, Vogtherr und Dittmann gesprochen. Was dabei verhandelt worden ist, will ich mir noch überlegen. Ich bitte mich am Nachmittag noch einmal vorzuführen.“ Am Nachmittag erklärte er dann: „So weit sich die Aussagen auf mich beziehen, sind sie richtig. Das soll heißen, ich habe die Sache nicht nur so erzählt, sondern sie hat sich auch so zugegetragen.“ (Rufe rechts: Hört, hören Sie, Herr Haase! Lebhafteste Zwischenrufe: Unerhört, große Unruhe. Der Abg. Ledebour ruft wiederholt gestikulierend: Unerhört, unerhört!)

Abg. **Trimborn** (Zentr.): Der Reichskanzler hat sich heute klipp und klar zu der

Resolution vom 19. Juli bekannt. Wir fordern, daß, wenn der Verdacht des Hoch- und Landesverrats gegen Abgeordnete besteht, mit aller Strenge des Gesetzes gegen sie vorgegangen wird. Agitationen der vorbenannten Art müssen mit allen Mitteln dem Heer und der Marine ferngehalten werden. Verfehlungen einzelner dürfen aber nicht einer ganzen Fraktion vorgeworfen werden.

Abg. **Kretsch** (konf.): Die Abgeordneten sollen die Aufhebung der Immunität betreiben und gegen sich das Strafverfahren eröffnen lassen. Das wäre die einzige Möglichkeit, festzustellen, was an den ungeheuren Anschuldigungen ist.

Abg. **Dr. Strösemann** (natlb.): Ich habe namens meiner politischen Freunde zu erklären, daß, was die Anschuldigung des Staatssekretärs des Reichsmarineamts betrifft, das Strafgesetz die Möglichkeit gibt, dagegen vorzugehen. Ein solches Verfahren liegt im Interesse der Partei und des betreffenden Mitgliedes. Wir erwarten, daß die Reichsregierung sofort alle Schritte nach dieser Richtung hin lenke.

Abg. **Naumann** (Völksp.): Es ist kläglich, wenn wir sehen, daß eine Regierung vorhanden ist, die aus diesem Fall von solchen Begleitumständen eine Waffe im politischen Kampf zu machen versucht. Da der Reichsanwalt keine Forderung an den Reichstag gestellt hat, um Strafverfolgung zu ermöglichen, so folgt daraus mit Sicherheit, daß in den Akten des Reichsanwaltes nichts ist, was in den Ausführungen des Staatssekretärs als vorhanden vorausgesetzt ist.

Das von der unabhängigen Sozialdemokratie beantragte Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler wurde gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Parteien abgelehnt.

Dann wandte man sich den Fragen der auswärtigen Politik zu. Auch in dieser Debatte ging zunächst der Abg. **Fehrenbach** auf die Friedenspolitik der Reichstagsmehrheit ein. Das Ziel dieser Politik sei die Sicherung der Unversehrtheit des Deutschen Reiches. Sie werde von Erfolg gekrönt sein, wenn sie getragen sei von Klarheit und Ehrlichkeit. Sie müsse geführt werden in Gemeinschaft mit dem deutschen Volke. Der Staatssekretär von Kühlmann erwähnte zunächst, daß wir unmittelbar vor dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Peru stehen und Uruguay die Beziehungen abgebrochen hat. Diesen unerfreulichen Begebenheiten stehe der nicht mehr fragliche Abschluß des deutsch-holländischen Abkommens gegenüber. Auf dem Wege zum Frieden sei das Haupthindernis nicht mehr Belgien, denn über das könne man sich verständigen, sondern Elsaß-Lothringen, für das England an der Seite Frankreichs zu kämpfen sich diplomatisch verpflichtet habe. Er glaube nicht, daß es zur Verlängerung des Krieges beitragen werde, wenn er hier in Uebereinstimmung mit dem einheitlichen Willen des Deutschen Volkes und des Deutschen Reichstages erkläre: Wenn Frankreich die Frage aufwerfe, ob deutsche Konzessionen in Bezug auf Elsaß-Lothringen in Betracht kommen könnten, so antworte er: „Nein, nie mehr!“ (Stürmischer Beifall im ganzen Hause.) Auch der Staatssekretär erklärte, daß wir nicht um phantastischer Eroberungen willen kämpfen, sondern um die Unversehrtheit des deutschen Besitzstandes. Dem Vorwurf, daß wir unsere politischen Kriegsziele nicht kundgeben, begegnete der Staatssekretär mit der Bemerkung, daß jeder, der guten Willens sei, sie aus unserer Antwort auf die Friedensnote des Papstes erkennen müsse. In Uebereinstimmung mit dem Zentrumsredner hob er unter starkem Beifall des Hauses hervor, daß unsere auswärtige Politik nur erfolgreich sein werde, wenn sie getragen werde von der Zustimmung der breiten Masse des deutschen Volkes.

Die Debatte wurde dann nach weiteren Ausführungen des sozialdemokratischen Abgeordneten **Gradnauer** auf morgen vormittag vertagt. In der Fortsetzung der Debatte wird, wie heute schon in dem lebhaften Beifall, der starke Eindruck zur Geltung kommen, den die Erklärungen des Staatssekretärs des Auswärtigen bei der ganzen großen Mehrheit des Reichstages hervorgebracht haben.

Großes Hauptquartier, 9. Oktober.

(W. T. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Kronprinzen Rupprecht von Bayern. Der Artilleriekampf in Flandern war trotz des stürmischen, regnerischen Wetters stark zwischen dem Houthouster Walde und Zandvoorde. Abends sagte der Feind seine Wirkung zu heftigen Feuerstößen gegen einzelne Abschnitte zusammen.

Nach unruhiger Nacht steigerte sich auf der ganzen Front die Artillerietätigkeit zum Trommelfeuer. Beiderseits der Bahn Station Boesinghe und nördlich der Straße Menin-Ypern brachen englische Infanterieangriffe vor. Der Kampf ist im Gange.

Bei den übrigen Armeen kam es, abgesehen von tagsüber andauerndem Feuer, nördlich von Soissons nicht zu größerer Gefechtsbehandlung.

Auf dem Westlichen Kriegsschauplatz

Mazedonische Front.
Lebhafte Feuerstätigkeit südöstlich vom Doiran-
ge, im Wardartal, am Dobropolje und im
Tarnabogen.

Der erste Generalquartiermeister Lubendorff.

Von der Westfront.

Au Basel, 9. Okt. „Daily Mail“ meldet
von der flandrischen Front: Das artilleristische
Angebot der Engländer hat noch nicht seine
höchste Entfaltung erreicht. Die Schlacht wird
nach dem Besserwerden des Wetters fortgesetzt.
Man muß sich täglich von neuem wundern, daß
die Deutschen ihren Widerstand mitten in dem
Schlachtenfeuer immer wieder neu zu organisieren
vermögen und ihre Abwehrmethoden fast an jedem
Schlachttag ändern.

„Morning Post“ meldet aus dem Haupt-
quartier: Die kommende Schlacht an der Front
wird an Furchtbarkeit und Schwere alle voran-
gegangenen Schlachten des Sommers übertreffen.
Die Vorbereitungen hinter der Front lassen ge-
wisse Hoffnungen zu. Man müsse sich auf
wachsende Verluste gefaßt machen. Das Still-
stehen des belgischen Heeres habe keine politischen
Gründe, sondern es sei durch die eingeleiteten
neuen Organisationen und die neue Bewaffnung
der belgischen Armee verursacht.

Ein Friede mit einem unbesiegten Deutschland.

Au Von der Schweizer Grenze, 9. Okt. Wie
berliner Blätter aus New York erfahren, erklärte
Roosevelt in einer Rede: Der Frieden könne nur
nach einem vollständigen Sieg des Verbandes
geschlossen werden. Deutschland müsse vollständig
besiegen, Oesterreich und die Türkei aufgelöst
werden.

Tauchboot Nr. 293 aus Cadix entwichen.

Madrid, 8. Okt. Meldung der Agence Havas.
Das deutsche Unterseeboot Nr. 293, das in Cadix
am 9. September eingelaufen und interniert
worden war, ist letzte Nacht entwichen. Minister-
präsident Dato enthub alle hohen verantwort-
lichen Militär- und Marineoffiziere ihrer Ämter.

Englische Kriegsziele.

Au Von der Schweizer Grenze, 9. Okt. Wie
die Agentur Radio aus London meldet, wird sich
Braithwaite heute, Dienstag, in Liverpool über die
Kriegsziele näher aussprechen.

Japan.

Au Bern, 9. Okt. (Bösl. Ztg.) Einer draht-
förmigen Meldung aus Washington zufolge sind die
deutschen Schiffe, die von der chinesischen Re-
gierung beschlagnahmt wurden, nun doch an
Japan zurückgegeben worden, obwohl China sie
sprunglich für eigene Zwecke verwenden wollte.

Sokalnachrichten.

Idstein, den 10. Oktober 1917.

— **Besichtigung des Landesaufnahmeheims.**
Von den Teilnehmern des vom 1. bis 11. Oktober
in Frankfurt (Main) stattfindenden Kurses des
Bereins vom deutschen Ausschuss für Klein-
kinderfürsorge“ besichtigten gestern etwa 120 Per-
sonen das hiesige Landesaufnahmeheim. Vor-
räge hielten Herr Landeshauptmann Kretel-
sch über „Kleinkinderunterbringung in
der Waisenspflege“ und Herr Lehrer Lebr über
„Die Unterbringung der Kleinkinder durch das
Landesaufnahmeheim“.

— **Die Kreisynode Idstein** findet morgen
Donnerstag, vormittags 10 Uhr, in der evangel.
Kirche hier statt.

— **7. Kriegsanleihe.** Es zeichneten zur
7. Kriegsanleihe weiter die Gemeinden: Bam-
bach 3000 M., Waghahn, 4000 M., Pantrod
3000 M., Kettenbach 3000 M.

— **Erntezeit und Erntesege.** Hinter der
schützenden Mauer, mit der die deutschen Sol-
daten in hartem unerbittlichem Kampfe gegen eine
Welt von Feinden die deutsche Heimat umgeben,
hat der deutsche Bauer seinem Volke den Ader
bestellt, und Gott hat seiner unermühten Arbeit
den Segen gegeben. Die Ausbungerungspolitik
unserer Feinde verlagert wieder einmal. Deutsch-
land kann und darf nicht wirtschaftlich zu Grunde
gehen. Alle Deutschen haben bis jetzt einmütig
an dem eisernen Werk auf den endgültigen
Frieden hingearbeitet. Der deutsche Bauer und
mit ihm die ganze deutsche Heimat wird gemein-
sam mit den herrlichen Truppen das Werk vol-
enden. Die 7. Kriegsanleihe mahnt zur Zeich-
nungspflicht! Ihr deutschen Bauern, gebt Euer
Meld heraus. Du deutsches Volk verstehe Deine
Gründe und zeichne Kriegsanleihe!

— **Schöffengerichtssitzung vom 9. Oktober.**
1. Metzger G. Sch. in Bremthal ist angeklagt
47 Pfund Fleisch, welches ihm von der Lebens-
mittelkommission in Niedernhausen zur Verteilung
an die versorgungsberechtigte Bevölkerung über-
geben war, sich rechtswidrig zugeeignet und nach
Hochst ausgeführt zu haben, sowie mit seiner
Schwester, Frau J., Fleisch ohne Fleischmarken

abgegeben zu haben. Wegen ersterer Anklage
mußte mangelnden Beweises Freisprechung er-
folgen, wegen des anderen Vergehens erhielt Sch.
50 M. und Frau J. 50 M. Geldstrafe. — 2. L. F.
wird wegen öffentlicher Beleidigung des Feld-
hüters L. zu einer Geldstrafe von 30 M. verur-
teilt und letzterem die Publikationsbefugnis in der
„Hst. Ztg.“ zugesprochen. — 3. Der 12 Jahre
alte Schüler W. Sch. aus Steinischbach hat zwei-
mal erhebliche Geldbeträge aus der Wirtschafts-
kasse des Gasthauses „Zur Tenne“ weggenom-
men, er erhält eine Woche Gefängnis. — 4. Land-
wirt C. Sch. auf Hof Häusel ist des Wuchers an-
geklagt, welcher darin gefunden wird, daß er bei
Verkauf von 30 Hekt. Aepfelwein an einen Wirt
in Frankfurt einen Preis von 100 M. für das Hekt.
Hektoliter (1 M. fürs Liter) verlangte. Er be-
hauptet, zu diesem Aepfelwein nur Tafelobst ver-
wendet und die Aepfel nicht stark ausgepreßt zu
zu haben. Nachdem die hierauf vernommenen
zwei Sachverständigen den Erzeugerpreis des
Aepfelweins (die Aepfel waren im Herbst 1915
geerntet worden) auf etwa 75 M. für das Hekt.
annahmen, sah das Gericht einen Wucherpreis
als nicht mehr vorliegend und erkannte auf Frei-
sprechung. — 5. H. B. aus Pantrod hat gegen
eine polizeiliche Strafverfügung, nach welcher sie
wegen Obstdiebstahls mit 5 M. bestraft war, Ein-
spruch erhoben, welcher heute zurückgewiesen
wurde. — 6. Der jugendliche G. E. aus Reichen-
bach hat bei Entwendung von Kirchen dem
Bewächter H. Geld geben wollen, um ihn zu
bestimmen, die Anzeige zu unterlassen. Er wird
wegen Geldbetrugs zu 3 M. und wegen Ver-
stüßungsversuch zu 40 M. Geldstrafe verurteilt. —
7. Ein Einspruch des F. H. aus Frankfurt gegen
einen gerichtlichen Strafbefehl wegen unbefugter
Eierausfuhr, nimmt dieser zurück. — 8. Die
Ehefrau des C. A. von hier erhält wegen Dieb-
stahls von einem Paar der Frau Bl. gehörigen
Schuhe unter Annahme mildernder Umstände die
geringste Gefängnisstrafe von 1 Tag.

— **Der erste Schnee!** In der Nacht zum
Sonntag legte bei 2 Grad Kälte ein schwerer
Südweststurm über den Hochtaunus und brachte
dem Feldberg den ersten Schnee.

— **Anmeldung von Vorräten in Leder und
Lederabfällen jeder Art.** Für die Kontrollstelle
für freigegebenes Leder bis zum 25. Oktober zu
erstattenden Meldungen, können die melde-
pflichtigen Personen oder Firmen (Lederhersteller,
Lederhändler, Schuhfabriken, Lederwarenfabriken)
und alle sonstigen lederverarbeitenden Betriebe,
Allwarenhandeler, Spediteure, Lagerhalter und
Kommissionäre, wie überhaupt alle Personen, die
Leder und Lederabfälle am 15. Oktober 1917 in
Gewahrsam haben, die vorgeschriebenen Vor-
brude von der Geschäftsstelle der Handelskammer
zu Wiesbaden, beziehen.

— **Post.** Vom 1. Oktober ab wird der zwischen
Deutschland u. den beiden Großstädten im Gebiete
des Generalgouvernements Warschau, Lodz und
Warschau, schon bestehende Privatpaketverkehr
unter den gleichen Bedingungen auf sämtl. Orte
des Gouvernements ausgedehnt u. Nachnahme bis
800 M. auf diesen Paketen zugelassen. Vom
gleichen Zeitpunkt sind ferner im Verkehr zwischen
Deutschland und dem Gebiete des Militär-Gener-
algouvernements Lublin gewöhnliche nichts-
sperrige Postpakete bis zum Gewicht von 5 Kg.
ohne Nachnahme zugelassen. Die Gebühr beträgt
1 Mark. Die Pakete müssen vom Absender frei-
gemacht werden; sie sind mit den blaugrauen
Paketkarten für den Auslandsverkehr, sowie einer
weißen und zwei grünen Zollinhaltsertklärungen
in deutscher Sprache aufzuliefern. Zu einer
Paketkarte darf nur ein Paket gehören. In den
Paketen dürfen keine Briefe oder Mitteilungen
irgend welcher Art (ausgen. Rechnungen, Fak-
turen oder Verzeichnisse, die den Inhalt des
Paketes betreffen), enthalten sein; ebenso sind
Mitteilungen auf den Abschnitten der Paketkarten
verboten. Auch dürfen Bargeld oder Wert-
papiere in die Pakete nicht eingelegt werden.
Wie bei sonstigen Paketen des Auslandsverkehrs
haben die Absender in Deutschland sich selbst über
die bestehenden Ausfuhr- und Einfuhrverbote zu
unterrichtet und sind für die Folgen der Nicht-
beachtung dieser Verbote allein verantwortlich.
Zollfrankozettel sind nicht zugelassen. Für Ver-
luste und Beschädigungen von Paketen wird ab-
gesehen von höherer Gewalt und einigen Ein-
schränkungen, die die Postverwaltung des Mil-
itär-Generalgouvernements gemacht hat, wie im
Verkehr mit Oesterreich gehandelt. Nähere Aus-
kunft erteilen die Postanstalten.

Aus nah und fern.

Langenschwalbach, 9. Okt. Herr Gerichts-
vollzieher Hahn hier feiert am 11. ds. Mts. sein
50jähriges Dienstjubiläum.

h Wiesbaden, 9. Okt. Unter dem Vorsitz des
städtischen Fuhrparks-Direktors Noehh-Frank-
furt a. M. hielten die Leiter der städtischen Fuhr-
park- und Straßenreinigungsbetriebe Deutsch-
lands im hiesigen Kurhause eine gutbesuchte
Kriegstagung ab. Die Vorträge und Be-
sprechungen behandelten vorzugsweise die Maß-

nahmen zur Aufrechterhaltung der städtischen
Fuhrpark- u. Straßenreinigungsbetriebe während
des Krieges und die dem Fuhrwesen erwachsenen
neuen großen Aufgaben durch „Kriegshilfs-
dienste“. Es wurden u. a. besprochen die Rege-
lung der An- und Abfuhr von Kohlen und
Lebensmitteln für die Bevölkerung durch Ein-
richtung von Fuhrämtern, die Verteilung von
Fuhrämtern, die Verteilung von Gemüse und
Frühobst in Trockenwaren und die restlose Ver-
wertung für Futterzwecke.

h Königstein, 9. Okt. Nach dem Genuß
giftiger Waldbeeren erkrankte das achtjährige
Töchterchen des Heizers Schudert und starb trotz
sofortiger ärztlicher Hilfe nach wenigen Stunden
unter qualvollem Leiden.

Eronberg, 8. Okt. Durch die Polizei wurde
im Schaffhof eine Geheimschlächterei aufgedeckt.
Die Geheimschlächter hatten, als sie überrascht
wurden, gerade zwei Kinder, einen Ochsen und
zwei Schweine, deren Herkunft noch nicht er-
mittelt werden konnte, geschlachtet. Die Täter
wurden verhaftet.

Bad Homburg, 8. Okt. Der Magistrat gab
in der Geheimnissitzung der Stadtverordnetenver-
sammlung bei einer Anfrage über die Lebens-
mittelversorgung bekannt, daß infolge des langen
Bahntransportes für 10 500 M. städtisches Fleisch
verdorben sei. — Auch angelieferter Käse ver-
darb, weil der hiesige Markt gleichzeitig mit
solchen Käsemengen überschwemmt wurde, daß
ein großer Teil unverkäuflich bleiben mußte.

Montabaur, 6. Okt. Im Rathause ist
folgendes beachtenswerte Schild angebracht
worden: „Das Publikum wird gebeten, seinen
Anmut über die durch den Krieg und dessen lange
Dauer hervorgerufenen wirtschaftlichen Verhält-
nisse nicht an dem hier tätigen Personal auszu-
lassen, letzteres hat die derzeitigen Verhältnisse
nicht herbeigeführt, kann sie auch nicht ändern und
hat lediglich seine vorgeschriebene Pflicht zu er-
füllen!“

h Frankfurt a. M., 9. Okt. Der Magistrat
hat das Heizverbot, das bis einschließlich 17. Okt.
bestehen sollte, wieder aufgehoben, zweifellos
unter der Annahme von Protesten, die die Bür-
gerschaft ob dieser vom grasgrünen Bürokraten-
tisch erlassenen magistratischen Maßnahme ins
Rathaus regnen ließ.

h Frankfurt a. M., 9. Okt. Obwohl er gegen-
über anderen Schleichhändlern wahre Friedens-
preise von seinen Kunden für Butter und Eier
forderte, mußte der Invalide Josef Gaf aus
Hauswurz (Krs Fulda) vom Schöffengericht mit
500 M. bestraft werden. Gaf brachte jede zweite
Woche aus seiner Heimat 40—50 Pfund Butter
und 300—400 Eier nach hier und verkaufte sie
an hiesige Kunden. Die Butter z. B. ließ er
für sich mit 3.30 M. das Pfund bezahlen. Da er
aber die Frankfurter Butterhöchstpreise um 30 J.
überschritt, die Butter zudem ohne Karten ver-
kaufte und seinen Handel nicht angemeldet hatte,
mußte er mit obiger Strafe seine Vergehen
büßen.

h Hungen, 9. Okt. Bei der Durchforschung
einer schon geraume Zeit stillliegenden Eisenstei-
ngrube bei Billingen wurde der 31jährige Berg-
mann Schäfer durch giftige Gase betäubt und ge-
tötet.

h Billingen (Oberh.), 9. Okt. Auf der steil
abfallenden Straße nach Friedrichshütte scheute
ein Gespann vor einem Zuge und die Pferde
stürzten mit dem Wagen, auf dem Kinder saßen,
talwärts. Hierbei wurden die Kinder hinausge-
schleudert und schwerverletzt. Der Wagen ging
vollständig in Trümmer.

Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 10. Oktober.

(W. T. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Hoeresgruppe des Kronprinzen Rupprecht
von Bayern.

Auf dem Schlachtfelde in Flandern kamen
gestern neben 11 britischen Divisionen wieder
französische Truppen in den Kampf. Die ge-
waltige Anspannung der beiden verbündeten
Westmächte erschöpften sich in tagsüber
währendem Ringen an der Standhaftigkeit
unserer Flandernkämpfer.

Die mehrmals nach stärkstem Trommelfeuer
vordringenden Angriffe bildeten die Einleitung
der Schlacht, die sich bei ununterbrochener Artil-
leriewirkung weiter tief in die Nacht in fast
20 Km. Breite auf den Trichterfeldern zwischen
Bischoote und Cheluwelt abspielte. Die Gegner
warfen immer neue Kräfte in den Kampf, die
mehrmals an einzelnen Stellen bis zu sechsmal
gegen unsere Linien anstürmten.

Südlich des Houthouster-Waldes gewann der
Feind bei Draaibang, Mangelaere, Veldhoed und
am Bahnhof Voellapelle etwa 1500 Meter an
Boden, bis ihn der Gegenstoß unserer Reserve-
truppen in seinen Anfangserfolgen beschränkte.

Von Voellapelle bis südlich von Cheluwelt
haben unsere tapferen Truppen ihre Kampflinien
fest in der Hand. Die wiederholten feindlichen

Angriffe gegen diese 13 Kilometer breite Front sind ständig unter den schwersten Verlusten zusammengebrochen.

Bei den anderen Armeen war die Gefechts-tätigkeit gering. Nur an der Aisne verstärkte sich der Feuerkampf.

Südlich der Straße Laon-Soissons vor-stoßende französische Kompagnien wurden ge-worfen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Mazedonische Front

Oestlich des Doiran-Sees warfen die Bul-garen mehrere englische Abteilungen, die nach längerer Artillerievorbereitung angriffen, zurück.

Der erste Generalquartiermeister
Ludenborff.

Letzte Meldungen.

Au Berlin, 10. Okt. (B. 3.) Wie die „B. 3.“ berichtet, beschäftigt die gestrige Reichs-tagsdebatte heute die interfraktionellen Be-sprechungen der Mehrheitsparteien. Es sei mit Sicherheit anzunehmen, daß, da die Sozialdemo-kraten dem Reichskanzler den Kampf angelagt haben, nun auch die fortschr. Volkspartei, das Zentrum und die Nationalliberalen zu ent-scheidenden Beschlüssen kommen werden. In den Kreisen der Mehrheit besteht die feste Erwartung, daß beim Wiederzusammentritt des Reichstages, wahrscheinlich am 20. November, ein Kanzler vor-sitzen werde, der in Wahrheit führt. Die nächsten Tage würden wahrscheinlich Klarheit darüber bringen.

Mehl- und Brotpreise.

Ab 15. September ds. Js. gelten folgende Preise:

94%iges Mehl mit Beimischung von Weizen im Kleinverkauf das Pfund 23 Pfg.

75%iges Weizenmehl im Kleinverkauf das Pfund 30 Pfg.

Der Brotpreis von 70 Pfg. für das vier-pfundige Roggenbrot bleibt bestehen. Das vier-pfundige Weizenbrot kostet 80 Pfg.

Langenschwalbach, 6. Oktober 1917.

Der Kgl. Landrat.

J. B.: Dr. Ingenohl, Kreisdeputierter.

Weizenmehl 75 Prozent.

Den Backverbänden ist 75% Mehl zu Koch-zwecken zur Verfügung gestellt. Dasselbe kann gegen Brotmarken von den Versorgungsbe-rechtigten bezogen werden.

Gegen Reisbrotmarken darf Mehl nicht ver-ahfolgt werden.

Langenschwalbach, 6. Oktober 1917.

Der Kgl. Landrat.

J. B.: Dr. Ingenohl, Kreisdeputierter.

Weizenmehl

zu 75% ausgemahlen, ist eingetroffen und wird in den Verkaufsstellen von W. Kornacher, Mühsamen, Dietrich und Witt zum Preise von 30 Pfg. für das Pfund abgegeben. Die Abgabe darf nur auf die für kommende Woche gültige Brotkarte Nr. 2 A erfolgen. Für alle übrigen Brotarten, auch auf Nr. 2 B darf nur Brot oder 94-proz. Mehl ver-ahfolgt werden. Das Mehl ist in erster Linie zu Kochzwecken in den Haushaltungen bestimmt. Da es sehr ungewiß ist, wann wieder Weizenmehl zu-gewiesen wird, empfiehlt sich äußerste Sparsamkeit im Gebrauch.

Zwieback und Weizbrot

an Kinder unter 1 1/2 Jahren und Kranke wird in der Bäckerei von Chr. Dietrich auf Brotkarte abgegeben. Die Karten müssen vorher im Rathaus zur Abstempelung vorgelegt werden. Die Vorlage hat Freitag nachmittags von 2 1/2—3 Uhr zu er-folgen.

Butter

wird Donnerstag nachmittags von 2 1/2 bis 5 Uhr im Rathaus abgegeben. Fettkarte Nr. 49 = 1/2 Pfd. = 34 Pfg.

Idstein, 10. Oktober 1917.

Der Magistrat:

Leichtfuß, Bürgermeister.

Nicht zu junges

Monatsmädchen oder Frau
gesucht. Obergasse 15.

Kgl. Baugewerkschule.

Zwei Putzfrauen sofort gesucht.

Etwa 1000 Zentner

Di ck w u r z

kauft und nimmt Angebote entgegen die
Anstalt Idstein.

Statt Karten.

Ihre stattgefundenen Kriegstraum zeigen hiermit an

Wilhelm Kappus,

Leutnant d. L. und Kompagnieführer einer Kgl. bajr.
Minenwerfer-Kompagnie

Else Kappus,

geb. Kimmel.

Siebrich, im Oktober 1917.

Ablieferung beschlagnahmter Einrichtungsgegenstände aus Kupfer und Messing.

Für diese Gegenstände wird bei freiwilliger Ablieferung bis zum 31. Oktober ds. Js. für jedes Kilo 1 Mark Zuschlag gezahlt und können solche bis dahin jeden Samstag, nachmittags von 4 1/2 bis 5 1/2 Uhr, bei der Sammelstelle, Obergasse 30, abgeliefert werden. Später erfolgt Enteignung.

Aluminiumgegenstände.

Die Auszahlung der Vergütung für diese abge-lieferten Gegenstände erfolgt gegen Rückgabe des Anerkennnischeines Freitag, den 12. d. Mts., vor-mittags von 8—12 Uhr, bei der Stadtkasse.

Idstein, den 10. Oktober 1917.

Der Magistrat:

Leichtfuß, Bürgermeister.

Gewerbeverein Idstein.

Der Unterricht in der Fortbildungsschule beginnt morgen Donnerstag und findet wie seither statt:

Unterstufe:

Dienstag- und Mittwoch nachmittags 6—8 Uhr.

Mittelstufe:

Montag und Freitag nachmittags 6—8 Uhr.

Oberstufe:

Mittwoch und Donnerstag nachmittags 6—8 Uhr.

Wir verweisen auf § 1 des betr. Ortstatuts und erwarten vollzähligen und pünktlichen Besuch.

Für den Vorstand:

W. Greuling, stellv. Vorsitzender.

Freiwillige Versteigerung

Montag, den 15. Oktober d. Js., vormittags 9 Uhr, versteigere ich im Auftrage der Witwe Joesel Wolf hier wegen Geschäftsaufgabe fol-gende Gegenstände:

1 Wirtschaftswagen und 2 Leitern, 1 Break, 1 Halbverdeck, 1 doppel- und einspänniges Pferdgeschirr und verschiedenes Zaumzeug, 2 Haferkasten, 1 Wagen, 1 Leiter, 1 eiserne und 1 hölzerne Tür, 1 Bett, 1 eiserne Bettstelle, 1 Kleiderschrank, 1 Waschküchen usw. öffentlich, meistbietend, gegen bare Zahlung versteigert.

Hoyer,

Gerichtsvollzieher in Idstein.

Siebente Kriegsanleihe

Für Zeichnungen bei uns stellen wir nach wie vor das Guthaben aus Sparfassenbüchern ohne vor-herige Kündigung zwecks Zeichnung zur Verfügung.

Für Beträge unter 100 M geben wir wiederum Antellscheine aus über

M 50.— M 20.— M 10.— M 5.—

so daß auch kleinste Beträge sich beteiligen können. Bei Lombardierung werden unseren Mitgliedern 5% Zinsen berechnet.

Vorschußverein zu Idstein,

e. G. m. u. H.

Die Möglichkeit,

Kriegsanleihe zu zeichnen,

ohne dafür den Anschaffungspreis sofort erlegen zu müssen, gewährt in vorteil-hafter Weise die

Kriegsanleihe-Versicherung

der

Gothaer Lebensversicherungsbank

auf Gegenseitigkeit.

Vertreter: August Schaar, Idstein.

Idsteiner Kram- u. Viehmarkt Donnerstag, den 11. Oktober.

Meine Sprechstunden sind
fortan:

Als Kreisarzt:

Montag, Mittwoch, Samstag 10—12 1/2 Uhr.

Als Spezialarzt:

An Wochentagen von 3—5 Uhr.

Als Bahn- und Kassenarzt:

Täglich 11—12 1/2 Uhr.

Dr. Tenbaum

Königl. Kreisarzt.

Limburg a. d. L., Parkstraße 17.

Kriegssteuer

Bearbeitung aller Steuerangelegenheiten
Bücher-Bilanz-Revision

Beeidigter Bücherrevisor

Ludwig Götz

Niedernhausen i. T.

Fernsprecher 45.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

300 tüchtige

Zimmerleute, Mauerer,

Maurer, Betonarbeiter und

Arbeiter

für sofort nach

Saarbrücken gesucht.

Für die Zureise ist Paß oder Personalausweis erforderlich. Die Kosten der Zureise werden ver-gütet.

H. Lenhard,

Tiefbaugehäft, Saarbrücken 5,

Großherzog-Friedrichstr. 125.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Schöne Bücher

empfiehlt die Buchhandlung der

Idsteiner Zeitung.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX